

Bundesgesetzblatt ²²⁶⁹

Teil I

G 5702

2022 **Ausgegeben zu Bonn am 16. Dezember 2022** **Nr. 50**

Tag	Inhalt	Seite
14.12.2022	Zweites Gesetz zur Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes FNA: 660-9 GESTA: D105	2270
9.12.2022	Erste Verordnung zur Änderung der GAP-Konditionalitäten-Verordnung FNA: 7847-45-1	2273
12.12.2022	Neunte Verordnung zur Änderung der Energiewirtschaftskostenverordnung FNA: 752-6-5	2277
13.12.2022	Zweite Verordnung zur Änderung der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung FNA: 754-22-12	2286
9.12.2022	Bekanntmachung über das Inkrafttreten von Vorschriften der GAP-Direktzahlungen-Verordnung FNA: 7847-43-1	2287

Hinweis auf andere Verkündungen

Verkündungen im Bundesanzeiger	2288
Rechtsvorschriften der Europäischen Union	2288

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40
E-Mail: bgb@bundesanzeiger.de, Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgb.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €. Bezugspreis dieser Ausgabe: 6,05 € (5,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Zweites Gesetz zur Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes

Vom 14. Dezember 2022

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes

Das ESM-Finanzierungsgesetz vom 13. September 2012 (BGBl. I S. 1918), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. November 2014 (BGBl. I S. 1821, 2193) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Stabilitätshilfen“ die Wörter „und Bereitstellung der Letztsicherungsfazilität“ eingefügt.
 - b) Der Wortlaut wird Absatz 1.
 - c) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Der Europäische Stabilitätsmechanismus ist berechtigt, entsprechend dem im Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus geregelten Verfahren dem einheitlichen Abwicklungsausschuss für den einheitlichen Abwicklungsfonds die Letztsicherungsfazilität zur Verfügung zu stellen, um die Anwendung der Abwicklungsinstrumente und die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse des einheitlichen Abwicklungsausschusses, wie sie im Recht der Europäischen Union verankert sind, zu unterstützen.“
2. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:

„1a. bei der Entscheidung nach Artikel 18a Absatz 1 Unterabsatz 1 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, dem einheitlichen Abwicklungsausschuss für den einheitlichen Abwicklungsfonds eine Letztsicherungsfazilität zu gewähren, bei

Beschlüssen zur Festlegung der in Artikel 18a Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus genannten Elemente sowie bei Beschlüssen, die Letztsicherungsfazilität zu beenden oder fortzuführen,“.

- bb) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 2a eingefügt:

„2a. im Falle der Gewährung einer Letztsicherungsfazilität bei der Annahme der Vereinbarung über die Letztsicherungsfazilität nach Artikel 18a Absatz 3 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, bei Entscheidungen über Darlehen und entsprechende Auszahlungen nach Artikel 18a Absatz 5 Satz 1 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus sowie bei Entscheidungen nach Artikel 18a Absatz 5 Satz 2 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, die Entscheidung über Darlehen und entsprechende Auszahlungen nach Artikel 18a Absatz 5 Satz 1 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus für einen bestimmten Zeitraum und einen bestimmten Betrag an den Geschäftsführenden Direktor zu übertragen,“.

- cc) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

- dd) Die folgenden Nummern 5 bis 7 werden angefügt:

„5. im Falle der Gewährung einer vorsorglichen ESM-Finanzhilfe bei der Entscheidung über die Beibehaltung der Kreditlinie nach Artikel 14 Absatz 7 Satz 1 des

- Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus,
6. bei Beschlüssen nach Artikel 14 Absatz 1 Unterabsatz 2 Satz 1 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus über die Änderung der in Anhang III festgelegten Zugangskriterien für die vorsorgliche ESM-Finanzhilfe, bei Beschlüssen nach Artikel 18a Absatz 1 Unterabsatz 2 Satz 2 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus über die Änderung der in Anhang IV des Vertrags über die Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus festgelegten Kriterien für die Genehmigung von Darlehen und Auszahlungen im Rahmen der Letztsicherungsfazilität sowie bei Beschlüssen nach Artikel 18a Absatz 6 Unterabsatz 3 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus über die Beendigung der Aussetzung des Dringlichkeitsabstimmungsverfahrens sowie die Änderung der in Artikel 18a Absatz 6 Unterabsatz 1 Satz 2 festgelegten erforderlichen Stimmenmehrheit im Dringlichkeitsabstimmungsverfahren und der Umstände, unter denen eine künftige Überprüfung der Stimmenmehrheit stattfinden kann; Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. Januar 2021 zur Änderung des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus bleibt unberührt,
 7. bei Beschlüssen nach Artikel 40 Absatz 4 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zur Einrichtung einer zusätzlichen Tranche genehmigten Stammkapitals; Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. Januar zur Änderung des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus bleibt unberührt.“
- b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:
- „(4) Im Falle des Absatzes 1 Nummer 2a zweiter Teilsatz kann die Bundesregierung die besondere Eilbedürftigkeit der Beschlussfassung geltend machen, die eine Einberufung des Plenums ausschließt. Die Annahme der besonderen Eilbedürftigkeit ist von der Bundesregierung zu begründen. In diesem Fall wird das Beteiligungsrecht nach Absatz 1 Nummer 2a zweiter Teilsatz vom Haushaltsausschuss wahrgenommen. Der Haushaltsausschuss kann der Annahme der besonderen Eilbedürftigkeit unverzüglich widersprechen. Im Falle des Widerspruchs nimmt das Plenum das in Absatz 1 Nummer 2a zweiter Teilsatz bezeichnete Beteiligungsrecht wahr. Das Plenum kann die Eilbefugnis des Haushaltsausschusses jederzeit durch einen mit einfacher Mehrheit gefassten Beschluss an sich ziehen und durch einfachen Beschluss ausüben. Die Möglichkeit der Beteiligung des Sondergremiums nach § 6 bleibt unberührt.“
3. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:
 - „1a. im Falle der Gewährung einer vorsorglichen ESM-Finanzhilfe Beschlüsse über den Verzicht auf die Anwendung einer zusätzlichen Marge nach Artikel 14 Absatz 7 Satz 2 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus,“.
 - bb) In Nummer 3 werden die Wörter „Artikeln 14 bis 18“ durch die Wörter „Artikeln 14 bis 18a“ ersetzt.
 - cc) In Nummer 5 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
 - dd) Folgende Nummer 6 wird angefügt:
 - „6. die Zustimmung zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Europäischen Kommission nach Artikel 13 Absatz 8 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus.“
 - b) In Absatz 3 Satz 2 werden nach den Wörtern „über die Auszahlung einzelner Tranchen der gewährten Stabilitätshilfe“ die Wörter „und bei Entscheidungen über die Beibehaltung der Kreditlinie nach Artikel 14 Absatz 6 Satz 3 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus“ eingefügt.
 4. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Soweit ein Kauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt nach Artikel 18 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus oder die Gewährung von Darlehen und entsprechende Auszahlungen unter der Letztsicherungsfazilität nach Artikel 18a Absatz 5 Satz 1 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus geplant sind, kann die Bundesregierung die besondere Vertraulichkeit der Angelegenheit geltend machen.“
 - b) Dem Absatz 3 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Stellt das Sondergremium im Falle der Gewährung von Darlehen und entsprechender Auszahlungen unter der Letztsicherungsfazilität nach Artikel 18a Absatz 5 Satz 1 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus anstelle der besonderen Vertraulichkeit eine besondere Eilbedürftigkeit der Beschlussfassung fest, die eine Beteiligung des Plenums ausschließt, nimmt der Haushaltsausschuss das in § 4 Absatz 1 Nummer 2a zweiter Teilsatz bezeichnete Beteiligungsrecht wahr. § 4 Absatz 4 Sätze 4 bis 6 gelten entsprechend.“
 5. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 Satz 2 werden nach dem Wort „Bewertung“ die Wörter „des Geschäftsführenden Direktors und“ eingefügt.

- b) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:

„(4a) Im Falle eines Darlehensersuchens des einheitlichen Abwicklungsausschusses im Rahmen der Letztsicherungsfazilität und eines Beschlussvorschlags des Geschäftsführenden Direktors nach Artikel 18a Absatz 5 Satz 1 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus gibt die Bundesregierung zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine Stellungnahme ab zu Inhalt und Umfang des beantragten Darlehens, zu den finanziellen Folgen, zur Bewertung der Rückzahlungsfähigkeit des SRB und zum Vorschlag des Geschäftsführenden Direktors für einen Beschluss des ESM-Direktoriums unter Heranziehung der in Anhang IV des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmecha-

nismus festgelegten Kriterien für die Genehmigung von Darlehen und Auszahlungen im Rahmen der Letztsicherungsfazilität.“

Artikel 2

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Übereinkommen vom 27. Januar 2021 zur Änderung des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus nach seinem Artikel 5 Absatz 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, frühestens jedoch am Tag nach der Verkündung.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen gibt den Tag des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 14. Dezember 2022

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Olaf Scholz

Erste Verordnung zur Änderung der GAP-Konditionalitäten-Verordnung

Vom 9. Dezember 2022

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft verordnet, in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176), auf Grund

- des § 9 und des § 12 Absatz 7 und 8 des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2996) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz,
- des § 23 Absatz 1 Nummer 2 und 3 des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2996) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz,
- des § 9a Satz 1 des Marktorganisationsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2017 (BGBl. I S. 3746) in Verbindung mit § 2 des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2996) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sowie dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz,
- der §§ 15 und 16 des Marktorganisationsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2017 (BGBl. I S. 3746) in Verbindung mit § 2 des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2996) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz:

Artikel 1

Die GAP-Konditionalitäten-Verordnung vom 7. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2244) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 13 wird wie folgt gefasst:

„§ 13 Überprüfung der Genehmigung zur erstmaligen oder vertieften Entwässerung landwirtschaftlicher Flächen“.

- b) Der Inhaltsübersicht werden folgende Angaben angefügt:
- „Anlage 5 Frühe Sommerkulturen“
- „Anlage 6 Klassenzeichen für Bodenarten für schwere Böden“.
2. In § 3 Absatz 3 Nummer 1 und 2 werden jeweils die Wörter „Absatzes 1“ durch die Wörter „Absatzes 2“ ersetzt und nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
3. § 4 wird wie folgt geändert:
- a) In den Absätzen 3 und 4 wird jeweils nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
- b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Wörter „oder elektronische“ eingefügt.
4. § 10 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 3 wird das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.
- b) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.
- c) Folgende Nummer wird angefügt:
- „5. ohne Genehmigung umgewandelt wurde und dessen Fläche größer als 500 Quadratmeter ist.“
5. In § 11 Absatz 4 Nummer 2 Buchstabe b werden die Wörter „landwirtschaftlicher Parzellen zur Gebietskulisse“ durch die Wörter „der Gebietskulisse zu den landwirtschaftlichen Parzellen“ ersetzt.
6. § 13 wird wie folgt gefasst:

„§ 13

Überprüfung der Genehmigung der erstmaligen oder vertieften Entwässerung landwirtschaftlicher Flächen

(1) Wer eine landwirtschaftliche Fläche in einer nach § 11 festgelegten Gebietskulisse erstmalig durch eine Drainage oder einen Graben entwässern will, bedarf der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Die zuständige Behörde darf die Genehmigung nur unter Beachtung klimarelevanter Belange, insbesondere der Vermeidung von Kohlendioxidemissionen, erteilen. Die Genehmigung bedarf des Einvernehmens der zuständigen Naturschutzbehörde und der zuständigen Wasserbehörde. Wasserrechtliche Zulassungspflichten bleiben unberührt.

(2) Wer eine bestehende Drainage oder einen bestehenden Graben zur Entwässerung einer landwirtschaftlichen Fläche in einer nach § 11 festgelegten Gebietskulisse in der Art und Weise erneuern oder instand setzen will, dass dadurch eine Tiefer-

legung des vorhandenen Entwässerungsniveaus erfolgt, bedarf der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Die zuständige Behörde darf die Genehmigung nach Satz 1 nur erteilen, sofern die aufgrund der Erneuerung oder Instandsetzung der Drainage oder des Grabens erfolgende Tieferlegung des vorhandenen Entwässerungsniveaus für die Fortsetzung der landwirtschaftlichen Tätigkeit auf der betroffenen Fläche zwingend erforderlich ist, dies zu keiner erheblichen Beeinträchtigung der Natur und der sonstigen Umwelt führt und klimarelevante Belange im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 beachtet werden. Die Genehmigung bedarf des Einvernehmens der zuständigen Naturschutzbehörde und der zuständigen Wasserbehörde. Absatz 1 Satz 4 gilt entsprechend.

(3) Bei einer Kontrolle nach § 14 Absatz 1 Satz 1 des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes hat der Begünstigte die Genehmigung nach Absatz 1 oder Absatz 2 den zur Kontrolle befugten Personen vorzulegen.“

7. In § 16 Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 1 werden jeweils nach dem Wort „gehört“ die Wörter „und die nicht in eine Fördermaßnahme zum Erosionsschutz einbezogen ist“ gestrichen.

8. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 bis 3 werden wie folgt gefasst:

„(1) In der Zeit vom 15. November des Antragsjahres bis zum 15. Januar des folgenden Jahres hat der Begünstigte auf mindestens 80 Prozent des Ackerlandes seines Betriebes eine Mindestbodenbedeckung sicherzustellen. Die Mindestbodenbedeckung nach Satz 1 hat zu erfolgen durch:

1. mehrjährige Kulturen,
2. Winterkulturen,
3. Zwischenfrüchte,
4. Stoppelbrachen von Körnerleguminosen oder Getreide,
5. Begrünungen, die nicht unter Nummer 1 bis 4 fallen,
6. Mulchauflagen einschließlich solcher durch das Belassen von Ernteresten,
7. eine mulchende nicht wendende Bodenbearbeitung oder
8. eine Abdeckung durch Folien, Vlies oder durch engmaschiges Netz oder ähnliches zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion.

Sofern eine Stoppelbrache nach Satz 2 Nummer 4 oder Mulchauflage nach Nummer 6 als Mindestbodenbedeckung erfolgt, ist eine Bodenbearbeitung untersagt.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 kann der Begünstigte auf

1. Ackerland mit zur Bestellung im folgenden Jahr vorgeformten Dämmen in der Zeit vom

15. November des Antragsjahres bis zum 15. Januar des folgenden Jahres zwischen den Dämmen eine Selbstbegrünung zulassen,
2. Ackerland mit im folgenden Jahr angebauten frühen Sommerkulturen nach Anlage 5 eine Mindestbodenbedeckung nach Absatz 1 Satz 2 in der Zeit vom 15. September bis zum 15. November des Antragsjahres sicherstellen,
3. Ackerland auf schweren Böden nach Anlage 6 oder solchen mit mindestens 17 Prozent Tongehalt in der Zeit beginnend unmittelbar nach der Ernte bis zum 1. Oktober des Antragsjahres eine Mindestbodenbedeckung nach Absatz 1 Satz 2 sicherstellen.
- (3) In der Zeit vom 15. November des Antragsjahres bis zum 15. Januar des folgenden Jahres hat der Begünstigte auf den Dauerkulturflächen seines Betriebes, die als Rebflächen oder für Obstbaumkulturen genutzt werden, zwischen den Reihen eine Selbstbegrünung zuzulassen, sofern nicht bereits eine Begrünung durch Aussaat besteht.“
- b) In Absatz 4 wird in den Sätzen 1, 3 und 4 jeweils das Wort „Ansaat“ durch das Wort „Aussaat“ ersetzt.
9. § 18 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Wörter „jeder landwirtschaftlichen Parzelle“ durch die Wörter „mindestens 33 Prozent“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird die Angabe „2.6.“ durch die Angabe „2.8.“ ersetzt.
- cc) Satz 3 wird aufgehoben.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Der Begünstigte ist verpflichtet, auf zu der Anforderung des Absatzes 1 Satz 1 zusätzlichen mindestens 33 Prozent des Ackerlandes seines Betriebes einen Fruchtwechsel entweder durch den Anbau einer anderen Hauptkultur als im Vorjahr oder den Anbau einer Zwischenfrucht oder durch die Begrünung infolge einer Untersaat in der Hauptkultur vorzunehmen.“
- bb) Folgender Satz 4 wird angefügt:
- „Beim Anbau einer Zwischenfrucht oder der Begrünung infolge einer Untersaat hat der Begünstigte spätestens im dritten Jahr einen Wechsel der Hauptkultur vorzunehmen.“
- c) Die Absätze 3 und 4 werden wie folgt gefasst:
- „(3) Der Begünstigte ist verpflichtet, auf dem nach Anwendung der Absätze 1 und 2 verbleibenden Ackerland seines Betriebes spätestens im dritten Jahr eine andere Hauptkultur anzubauen.
- (4) Die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 3 gelten nicht auf Ackerland mit folgenden Hauptkulturen:
1. Mais zur Herstellung anerkannten Saatgutes nach § 4 des Saatgutverkehrsgesetzes,
 2. Tabak,
 3. Roggen in Selbstfolge.
- Die Verpflichtung nach Absatz 1 gilt als erfüllt, wenn auf der Ackerfläche beetweise verschiedene Gemüsekulturen, Küchenkräuter, Heil-, Gewürz- oder Zierpflanzen angebaut werden, sowie wenn die Ackerfläche als Versuchsflächen mit mehreren beihilfefähigen Kulturarten genutzt wird.“
- d) In Absatz 5 Satz 1 und Absatz 6 im einleitenden Satzteil werden jeweils die Wörter „Die Verpflichtung nach Absatz 1 gilt nicht“ durch die Wörter „Die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 3 gelten nicht“ ersetzt.
- e) In Absatz 7 werden die Wörter „gelten die Verpflichtungen nach Absatz 1“ durch die Wörter „gelten die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 3“ ersetzt.
10. In § 20 Absatz 1 Nummer 2 wird die Angabe „Satz 2“ gestrichen.
11. § 21 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Der Begünstigte ist verpflichtet, die nichtproduktiven Flächen seines Betriebes während des gesamten Antragsjahres, beginnend unmittelbar nach der Ernte der Hauptkultur im Vorjahr, der Selbstbegrünung zu überlassen oder durch Aussaat zu begrünen. Die Begrünung durch Aussaat nach Satz 1 darf nicht mittels Reinsaat einer landwirtschaftlichen Kulturpflanze erfolgen. Eine Reinsaat liegt vor, wenn Samen nur einer Spezies verwendet werden. Die Bodenbearbeitung und der Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln sind auf Flächen nach Satz 1 untersagt. Abweichend von Satz 4 ist eine Bodenbearbeitung zulässig, soweit dadurch die Verpflichtung nach Satz 1 durch Begrünung durch Aussaat erfüllt wird.“
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Wörter „15. August eines Jahres“ werden durch die Wörter „1. September des Antragsjahres“ ersetzt.
- bb) Die Wörter „oder Pflanzung“ werden gestrichen.
- cc) Folgender Satz 2 wird angefügt:
- „Abweichend von Satz 1 darf eine Aussaat von Wintergerste oder Winterrapss ab dem 15. August vorbereitet und durchgeführt werden.“
12. Anlage 3 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 der Fußnote 1 wird die Angabe „, August 2017“ gelöscht.
- b) In der Fußnote 2 wird der Satz 3 aufgehoben.

13. Folgende Anlagen 5 und 6 werden angefügt:

„Anlage 5
(zu § 17)

Frühe Sommerkulturen

Frühe Sommerkulturen, soweit deren Aussaat oder Pflanzung bis zum 31. März, in höheren Lagen (mindestens tiefste Mittelgebirgsstufe, submontan) bis zum 15. April, erfolgt:

1. Sommergetreide ohne Mais und Hirse,
2. Leguminosen ohne Sojabohnen,
3. Sonnenblumen, Sommerraps, Sommerrüben, Körnersenf, Körnerhanf, Leindotter, Lein, Mohn, Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen, Küchenkräuter, Faserhanf, Buchweizen, Amaranth, Quinoa, Klee- bzw. Luzernegras-Gemisch, Ackergras, Grünlandeinsaat, Kartoffeln, Rüben, Gemüsekulturen.

Anlage 6
(zu § 17)

Klassenzeichen für Bodenarten für schwere Böden

Klassenzeichen für Bodenarten nach dem Bodenschätzungsgesetz	L T, LT sL, sL/S T/SL, T/IS, T/SI, T/S, LT/IS, LT/SI, LT/S, L/SI L/S L/Mo, LMo, TMo, T/Mo LT/Mo“.
--	---

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 9. Dezember 2022

Der Bundesminister
für Ernährung und Landwirtschaft
Cem Özdemir

Neunte Verordnung zur Änderung der Energiewirtschaftskostenverordnung

Vom 12. Dezember 2022

Auf Grund des § 91 Absatz 8 Satz 1, der zuletzt durch Artikel 311 Nummer 6 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176) verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen:

Artikel 1 Änderung der Energiewirtschaftskostenverordnung

Die Anlage zur Energiewirtschaftskostenverordnung vom 14. März 2006 (BGBl. I S. 540), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 6. November 2020 (BGBl. I S. 2345) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„Anlage
(zu § 2)

Gebührenverzeichnis

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
1	Untersagung nach § 5 EnWG	800 – 10 000
2	Anordnung der Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils und Auferlegung der Zahlung des entsprechenden Geldbetrages gegenüber dem Unternehmen nach § 33 Absatz 1 EnWG	2 500 – 75 000
3	Genehmigung der Entgelte für den Netzzugang nach § 23a EnWG	500 – 50 000
4	Entscheidungen nach § 29 Absatz 1 EnWG über die Bedingungen und Methoden für den Netzanschluss oder den Netzzugang nach den in § 17 Absatz 3, § 21a Absatz 6 und § 24 EnWG genannten Rechtsverordnungen – durch Festlegung gegenüber einem Netzbetreiber, einer Gruppe von oder gegenüber allen Netzbetreibern oder – durch Genehmigung gegenüber dem Antragsteller	
4.1	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 27 Absatz 1 StromNZV	20 000 – 130 000
4.2	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 27 Absatz 2 StromNZV	2 500 – 70 000
4.3	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 27 Absatz 3 StromNZV	8 000 – 80 000
4.4	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 28 Absatz 1 bis 4 StromNZV	20 000 – 150 000
4.5	Genehmigung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 9 Absatz 4 GasNZV	30 000
4.6	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 50 Absatz 1 GasNZV	20 000 – 130 000
4.7	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 50 Absatz 2 GasNZV	10 000 – 175 000
4.8	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 50 Absatz 3 Satz 1 oder Satz 2 GasNZV	10 000 – 90 000
4.9	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 50 Absatz 4 GasNZV	25 000 – 160 000
4.10	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 50 Absatz 5 GasNZV	8 000 – 80 000
4.11	Genehmigung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 19 Absatz 2 Satz 5 StromNEV	500 – 15 000
4.12	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 29 StromNEV	500 – 5 000
4.13	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 30 Absatz 1 StromNEV	1 000 – 15 000
4.14	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 30 Absatz 2 StromNEV	1 000 – 15 000
4.15	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 30 Absatz 3 StromNEV	1 000 – 15 000

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
4.16	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 29 GasNEV	500 – 5 000
4.17	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 30 Absatz 1 GasNEV	20 000 – 180 000
4.18	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 30 Absatz 2 GasNEV	20 000 – 180 000
4.19	Entscheidung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 25a ARegV	500 – 15 000
4.20	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 1 und § 4 Absatz 2 ARegV	1 000 – 180 000
4.21	Genehmigung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 1 und § 4 Absatz 4 ARegV	500 – 40 000
4.22	Festlegung oder Genehmigung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 10 und § 26 Absatz 2 ARegV	1 000 – 50 000
4.23	Sonstige Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 1 ARegV	3 000 – 10 000
4.24	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 2 ARegV	500 – 50 000
4.25	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 3 ARegV	500 – 50 000
4.26	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 4 ARegV	500 – 50 000
4.27	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 4a ARegV	1 000 – 100 000
4.28	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 5 ARegV	500 – 50 000
4.29	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 5a ARegV	500 – 50 000
4.30	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 6 ARegV	500 – 100 000
4.31	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 7 ARegV	500 – 50 000
4.32	Genehmigung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 8 und § 23 ARegV	500 – 80 000
4.33	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 8 ARegV	500 – 100 000
4.34	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 8a ARegV	1 000 – 100 000
4.35	Genehmigung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 9 und § 24 Absatz 4 Satz 3 ARegV	500 – 10 000
4.36	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 9 ARegV	1 000 – 50 000
4.37	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 10 ARegV	500 – 100 000
4.38	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 11 ARegV	10 000 – 180 000
4.39	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 2 ARegV	500 – 100 000
4.40	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 9a ARegV	1 000 – 100 000
4.41	Entscheidung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 2 und § 5 Absatz 3 Satz 1 ARegV	750 – 80 000
4.42	Entscheidung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 2a und § 9 ARegV	500 – 50 000
4.43	Entscheidung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 3a und § 10a ARegV	500 – 50 000
4.44	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 4b ARegV	1 000 – 100 000
4.45	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 8b ARegV	15 000 – 50 000
4.46	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 8c ARegV	30 000 – 100 000
4.47	Entscheidung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 10 und § 26 Absatz 3 bis 5 ARegV	1 000 – 50 000
4.48	Entscheidung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 32 Absatz 1 Nummer 10 und § 26 Absatz 6 ARegV	1 000 – 50 000
4.49	Entscheidung über das Vorliegen der besonderen Härte zur Anpassung der Erlösobergrenze nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 34a Absatz 1 ARegV	500 – 10 000
4.50	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 20 Absatz 1 Satz 2 SysStabV	1 000 – 100 000

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
4.51	Entscheidung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 21 Absatz 5 SysStabV	50 – 15 000
5	Änderung einer Festlegung oder Genehmigung nach § 29 Absatz 2 EnWG	500 – 130 000
6	Zuwiderhandlungen gegen § 30 EnWG	
6.1	Verpflichtung nach § 30 Absatz 2 EnWG, eine Zuwiderhandlung gegen § 30 Absatz 1 EnWG abzustellen, oder die Feststellung einer Zuwiderhandlung, nachdem diese beendet ist, nach § 30 Absatz 3 EnWG	5 000 – 180 000
6.2	Abstellen der Zuwiderhandlung nach Einleitung eines Verfahrens nach § 30 Absatz 2 EnWG, bevor eine Verfügung der Regulierungsbehörde ergangen ist	2 500 – 90 000
7	Ablehnung eines Antrages als unzulässig nach § 31 Absatz 2 Satz 2 EnWG	50 – 5 000
8	Entscheidung der Regulierungsbehörde nach § 31 Absatz 1 und 3 EnWG	500 – 150 000
9	Aufsichtsmaßnahme nach § 65 EnWG	5 000 – 180 000
10	Entscheidungen nach § 110 EnWG	
10.1	Verfahren zur Einstufung als geschlossenes Verteilernetz nach § 110 Absatz 2 EnWG	500 – 30 000
10.2	Überprüfung der Entgelte nach § 110 Absatz 4 EnWG	1 000 – 50 000
11	Erteilung von beglaubigten Abschriften nach § 91 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 EnWG	15
12	Zertifizierung als Transportnetzbetreiber nach § 4a Absatz 1 EnWG	
12.1	Zertifizierung nach § 4a Absatz 1 EnWG als Transportnetzbetreiber nach § 8 EnWG	80 000
12.2	Zertifizierung nach § 4a Absatz 1 EnWG als Transportnetzbetreiber nach § 9 EnWG	80 000
12.3	Zertifizierung nach § 4a Absatz 1 EnWG als Transportnetzbetreiber nach den §§ 10 bis 10e EnWG	80 000
12.4	Änderung einer Zertifizierung nach § 4a EnWG i. V. m. § 4d EnWG	5 000 – 80 000
13	Genehmigung des Szenariorahmens nach § 12a Absatz 3 Satz 1 EnWG	400 000
14	Bestätigung des Netzentwicklungsplans nach § 12c Absatz 4 EnWG	1 000 000
15	Amtshandlung nach § 57 Absatz 2 Satz 2 und 4 EnWG	15 000
16	Herausgabe von Daten nach § 12f Absatz 2 EnWG	30 – 500
17	Bestätigung des Szenariorahmens der Fernleitungsnetzbetreiber nach § 15a Absatz 1 Satz 7 EnWG	100 000
18	Änderungsverlangen zum Netzentwicklungsplan Gas nach § 15a Absatz 3 Satz 5 EnWG	125 000
19	Festlegung nach § 29 Absatz 1 i. V. m. § 15a Absatz 5 EnWG	1 000 – 100 000
20	Feststellung der Netzkosten für selbstständige Betreiber von grenzüberschreitenden Elektrizitätsverbindungsleitungen nach § 28f Absatz 1 Satz 1 EnWG	78 000
21	Entscheidung zur Umsetzung der Netzentwicklungspläne und des Flächenentwicklungsplans nach § 17d EnWG	
21.1	Zustimmung zur Änderung des voraussichtlichen Fertigstellungstermins nach § 17d Absatz 2 Satz 10 EnWG in der bis zum Ablauf des 31. Dezember 2022 geltenden Fassung	50 000
21.2	Entzug von Anschlusskapazität nach § 17d Absatz 4 Satz 1 EnWG	5 000 – 100 000
21.3	Bestätigung der Finanzierung für die Errichtung von Windenergieanlagen nach § 17d Absatz 7 Satz 1 EnWG	3 500
21.4	Festlegung nach § 29 Absatz 1 i. V. m. § 17d Absatz 10 EnWG	1 000 – 100 000
21.5	Aufsichtsmaßnahmen nach § 17d Absatz 11 EnWG	13 500 – 77 500

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
22	Amtshandlungen nach § 12g Absatz 3 EnWG	
22.1	Bestätigung nach § 12g Absatz 3 EnWG i. V. m. § 5 Absatz 1 Satz 1 und 2 ÜNSchutzV	500 – 5 000
22.2	Beanstandung nach § 12g Absatz 3 EnWG i. V. m. § 5 Absatz 1 Satz 1 und 3 ÜNSchutzV	500 – 5 000
22.3	Aufforderung nach § 12g Absatz 3 EnWG i. V. m. § 5 Absatz 3 ÜNSchutzV	500
23	Entscheidung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 12g Absatz 1 EnWG	500 – 50 000
24	Entscheidung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 118 Absatz 6 EnWG	500 – 15 000
25	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 19a Absatz 2 Satz 2 EnWG	500 – 50 000
26	Untersagung nach § 19 Absatz 2 Satz 8 und 9 StromNEV	800 – 10 000
27	Registrierung von Marktteilnehmern nach Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 1)	350
28	Entscheidungen nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Alternative 1 EnWG i. V. m. Artikel 6 der Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 54), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/869 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 45) geändert worden ist	
28.1	Freistellung von der Verpflichtung zur Beschaffung von Regelleistung auf einem Primärmarkt nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. Artikel 6 Absatz 8 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2019/943	30 000 – 200 000
28.2	Freistellung von der Verpflichtung zur getrennten Beschaffung von positiver und negativer Regelleistung nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. Artikel 6 Absatz 9 Unterabsatz 1 Satz 1 der Verordnung (EU) 2019/943	30 000 – 200 000
28.3	Genehmigung nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. Artikel 6 Absatz 9 Unterabsatz 1 Satz 2 der Verordnung (EU) 2019/943	30 000 – 200 000
28.4	Genehmigung von Freistellungen für spezifische Regelreserveprodukte nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. Artikel 6 Absatz 14 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2019/943	30 000 – 200 000
29	Weitere Entscheidungen nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. der Verordnung (EU) 2019/943 und den auf Grundlage dieser Verordnung erlassenen Verordnungen der Europäischen Kommission sowie den auf Grundlage des Artikels 6 oder des Artikels 18 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003 (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 15), die durch die Verordnung (EU) 2019/943 (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 54) aufgehoben worden ist, erlassenen Verordnungen der Europäischen Kommission	
29.1	Genehmigung der Beiträge zum Bericht der Übertragungsnetzbetreiber betreffend die verfügbare grenzüberschreitende Kapazität nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. Artikel 15 der Verordnung (EU) 2019/943	19 000
29.2	Genehmigung der Modalitäten oder Methoden oder Genehmigung zur Änderung der Modalitäten oder Methoden nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. den Artikeln 59 und 61 der Verordnung (EU) 2019/943 i. V. m. Artikel 4 Absatz 6 Buchstabe a bis g und Absatz 7 Buchstabe a bis e, Artikel 4 Absatz 12 Satz 2 und Artikel 36 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1719 der Kommission vom 26. September 2016 zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität in der bis zum Ablauf des 14. März 2021 geltenden Fassung (ABl. L 259 vom 27.9.2016, S. 42; L 267 vom 18.10.2017, S. 17)	5 000 – 180 000
29.3	Genehmigung der Modalitäten oder Methoden oder Genehmigung zur Änderung der Modalitäten oder Methoden nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. den Artikeln 59 und 61 der Verordnung (EU) 2019/943 i. V. m. Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe a bis c, Absatz 3 Buchstabe a bis g und Absatz 4 Buchstabe a bis i und Artikel 7 Absatz 4 Satz 2 der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission vom 2. August 2017 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb in der bis zum Ablauf des 14. März 2021 geltenden Fassung (ABl. L 220 vom 25.8.2017, S. 1)	5 000 – 180 000

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
29.4	Genehmigung der Modalitäten oder Methoden oder Genehmigung zur Änderung der Modalitäten oder Methoden nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. den Artikeln 59 und 61 der Verordnung (EU) 2019/943 i. V. m. Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a bis j, Absatz 3 Buchstabe a bis o und Absatz 4 Buchstabe a bis i und Artikel 6 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem in der bis zum Ablauf des 14. März 2021 geltenden Fassung (ABl. L 312 vom 28.11.2017, S. 6)	5 000 – 180 000
29.5	Genehmigung der Vorschläge oder Genehmigung zur Änderung der Vorschläge nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. den Artikeln 59 und 61 der Verordnung (EU) 2019/943 i. V. m. Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a bis g und Artikel 4 Absatz 7 Satz 1 der Verordnung (EU) 2017/2196 der Kommission vom 24. November 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über den Notzustand und den Netzwiederaufbau des Übertragungsnetzes (ABl. L 312 vom 28.11.2017, S. 54; L 31 vom 1.2.2019, S. 108)	5 000 – 180 000
29.6	Genehmigung von Modellen für die Berechnung der Gesamtübertragungskapazität und der Sicherheitsmarge nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. Artikel 50 Absatz 2 Satz 3 der Verordnung (EU) 2019/943	6 000
29.7	Genehmigung zur netzentgeltensenkenden Verwendung von Einnahmen aus der Vergabe von Verbindungen nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. Artikel 19 Absatz 2 und 3 der Verordnung (EU) 2019/943	3 500
29.8	Entscheidung über Ausnahmen für neue Verbindungsleitungen nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. Artikel 63 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2019/943	60 000
30	<p>Entscheidungen nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m.</p> <ul style="list-style-type: none"> – der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005 (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 36), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/1032 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 17) geändert worden ist, – der Verordnung (EU) Nr. 984/2013 der Kommission vom 14. Oktober 2013 zur Festlegung eines Netzkodex über Mechanismen für die Kapazitätszuweisung in Fernleitungsnetzen und zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 273 vom 15.10.2013, S. 5), die durch die Verordnung (EU) 2017/459 (ABl. L 72 vom 17.3.2017, S. 1) aufgehoben worden ist, – der Verordnung (EU) Nr. 312/2014 der Kommission vom 26. März 2014 zur Festlegung eines Netzkodex für die Gasbilanzierung in Fernleitungsnetzen (ABl. L 91 vom 27.3.2014, S. 15), – der Verordnung (EU) 2015/703 der Kommission vom 30. April 2015 zur Festlegung eines Netzkodex mit Vorschriften für die Interoperabilität und den Datenaustausch (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 13), – der Verordnung (EU) 2017/459 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über Mechanismen für die Kapazitätszuweisung in Fernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 984/2013 (ABl. L 72 vom 17.3.2017, S. 1) sowie – der Verordnung (EU) 2017/460 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über harmonisierte Fernleitungsentgeltstrukturen (ABl. L 72 vom 17.3.2017, S. 29) 	
30.1	Genehmigung konkurrierender Kapazitätszuweisung nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. den Artikeln 6 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i. V. m. Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2017/459	8 500
30.2	Genehmigung der maßgeblichen Punkte eines Fernleitungsnetzes nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. Artikel 18 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009	4 500

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
30.3	Gestattung der Nichtveröffentlichung von Informationen betreffend LNG- und Speicheranlagen nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. Artikel 19 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009	3 500
30.4	Entscheidung über die Ausnahme von der Veröffentlichungspflicht für Fernleitungsnetzbetreiber nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. Ziffer 3.4. Nummer 5 des Anhangs I zur Verordnung (EG) Nr. 715/2009 in der Fassung des Beschlusses der Kommission vom 10. November 2010 (ABl. L 293 vom 11.11.2010, S. 67)	5 500
30.5	Entscheidung über die Nichtanwendung des Überbuchungs- und Rückkaufsystems auf Kopplungspunkte, bei denen ein „Use-it-or-lose-it“-Mechanismus für verbindliche „Day-ahead“-Kapazität angewendet wird, nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. Ziffer 2.2.3. Nummer 6 des Anhangs I zur Verordnung (EG) Nr. 715/2009 in der Fassung des Beschlusses der Kommission vom 24. August 2012 (ABl. L 231 vom 28.8.2012, S. 16)	5 500
30.6	Genehmigung von Handelsplattformen zwecks Ermittlung des Grenzverkaufspreises, des Grenzankaufspreises und des mengengewichteten Durchschnittspreises nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. Artikel 22 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 312/2014	4 500
30.7	Zustimmung zu einer bestehenden Lösung für den Datenaustausch nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. den Artikeln 6 und 24 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i. V. m. Artikel 23 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/703	10 000
30.8	Genehmigung des genauen Anteils der zurückzuhaltenden Kapazität nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. Artikel 8 Absatz 9 der Verordnung (EU) 2017/459	25 000 – 150 000
30.9	Entscheidungen im Zusammenhang mit der Beseitigung von festgestellten Beschränkungen des grenzübergreifenden Handels auf Grund unterschiedlicher Odorierungspraktiken nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. den Artikeln 6 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i. V. m. Artikel 19 der Verordnung (EU) 2015/703	5 000 – 180 000
30.10	Festlegung einer Referenzpreismethode sowie der weiteren in Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2017/460 genannten Punkte für alle in einem Marktgebiet tätigen Fernleitungsnetzbetreiber gemäß § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. den Artikeln 6 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i. V. m. Artikel 27 Absatz 4 Satz 1 der Verordnung (EU) 2017/460	80 000
30.11	Festlegung zur Einführung eines wirksamen Ausgleichsmechanismus zwischen den Fernleitungsnetzbetreibern eines Marktgebiets nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. den Artikeln 6 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i. V. m. Artikel 10 Absatz 3 Satz 1 der Verordnung (EU) 2017/460	20 000
30.12	Festlegung gemäß § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. Artikel 41 Absatz 6 Buchstabe a der Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 94), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/869 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 45) geändert worden ist, i. V. m. Artikel 28 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2017/460	30 000
30.13	Entscheidung im Zusammenhang mit dem Verfahren für neu zu schaffende Kapazitäten nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. den Artikeln 6 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i. V. m. Artikel 28 der Verordnung (EU) 2017/459	30 000 – 100 000
30.14	Genehmigung eines Überbuchungs- und Rückkaufsystems nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. Nummer 2.2.2. Nummer 1 des Anhangs I zur Verordnung (EG) Nr. 715/2009 in der Fassung des Beschlusses 2012/490/EU der Kommission vom 24. August 2012 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für den Zugang zu Erdgasfernleitungsnetzen (ABl. L 231 vom 28.8.2012, S. 16)	25 000 – 100 000
30.15	Wahl einer einzigen Buchungsplattform nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. den Artikeln 6 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i. V. m. Artikel 37 Absatz 3 Satz 3 der Verordnung (EU) 2017/459	5 000 – 20 000

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
30.16	Genehmigung der Gebühren der Fernleitungsnetzbetreiber für unverbindliche Nachfragen nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. Artikel 6 Absatz 11 und Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i. V. m. Artikel 26 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2017/459	10 000 – 30 000
31	Entscheidungen nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 EnWG i. V. m. der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1364/2006/EG und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 713/2009, (EG) Nr. 714/2009 und (EG) Nr. 715/2009 (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 39), die durch die Verordnung (EU) 2022/869 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 45) teilweise aufgehoben worden ist	
31.1	Entscheidung über grenzüberschreitende Kostenaufteilung nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 EnWG i. V. m. Artikel 12 Absatz 3 und 4 der Verordnung (EU) Nr. 347/2013	500 – 50 000
32	Genehmigung der Geschäftsbedingungen oder Methoden oder Genehmigung zur Änderung der Geschäftsbedingungen oder Methoden nach § 56 Absatz 2 Satz 1 EnWG i. V. m. Artikel 9 Absatz 6 Buchstabe a bis m, Absatz 7 Buchstabe a bis h, Absatz 8 Buchstabe a bis f und Artikel 9 Absatz 13 der Verordnung (EU) 2015/1222 der Kommission vom 24. Juli 2015 zur Festlegung einer Leitlinie für die Kapazitätsvergabe und das Engpassmanagement in der bis zum Ablauf des 14. März 2021 geltenden Fassung (ABl. L 197 vom 25.7.2015, S. 24)	5 000 – 180 000
33	Entscheidung nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 EnWG i. V. m. den Artikeln 59 und 61 der Verordnung (EU) 2019/943 i. V. m. Artikel 5 Absatz 3, Artikel 68 Absatz 1, Artikel 69 Absatz 1 und Artikel 70 der Verordnung (EU) 2016/631 der Kommission vom 14. April 2016 zur Festlegung eines Netzkodex mit Netzanschlussbestimmungen für Stromerzeuger (ABl. L 112 vom 27.4.2016, S. 1)	5 000 – 180 000
34	Entscheidung über Vorschläge zur Schaffung oder zum Ausbau von permanenten physischen bidirektionalen Kapazitäten auf Verbindungsleitungen zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder über Ersuchen um Gewährung oder Verlängerung einer entsprechenden Ausnahme nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und § 54a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 EnWG i. V. m. Artikel 5 Absatz 4 i. V. m. Anhang III der Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 (ABl. L 280 vom 28.10.2017, S. 1)	5 000 – 30 000
35	Festlegungen nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 13j EnWG	
35.1	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 13j Absatz 1 Satz 1 EnWG	6 500 – 130 000
35.2	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 13j Absatz 1 Satz 2 EnWG	6 500 – 130 000
35.3	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 13j Absatz 3 Satz 1 i. V. m. § 13i Absatz 3 Nummer 1 EnWG	6 500 – 130 000
35.4	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 13j Absatz 3 Satz 2 EnWG	6 500 – 130 000
35.5	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 13j Absatz 4 EnWG	6 500 – 130 000
35.6	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 13j Absatz 5 EnWG	6 500 – 130 000
35.7	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 13j Absatz 6 EnWG	6 500 – 130 000
35.8	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 13j Absatz 7 EnWG	13 000
36	Entscheidung nach § 28a Absatz 3 Satz 1 EnWG	80 000
37	Entscheidungen nach § 57b EnWG	
37.1	Billigung oder Genehmigung nach § 57b Absatz 2 Nummer 1 und 3 EnWG	5 000 – 180 000
37.2	Festlegung nach § 57b Absatz 3 i. V. m. Absatz 2 Nummer 2 EnWG	5 000 – 180 000
38	Festlegungen nach § 12 EnWG	
38.1	Festlegung nach § 29 Absatz 1 i. V. m. § 12 Absatz 1 Satz 5 EnWG zur Bildung einer einheitlichen Regelzone	150 000 – 500 000
38.2	Festlegung nach § 29 Absatz 1 i. V. m. § 12 Absatz 6 EnWG zu den Aufgaben der Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen	87 000 – 130 000

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
39	Festlegungen nach § 12h EnWG	
39.1	Festlegung von Ausnahmen von der Verpflichtung der marktgestützten Beschaffung von Systemdienstleistungen nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 12h Absatz 4 Satz 1 EnWG	87 000 – 130 000
39.2	Festlegung der Spezifikationen und technischen Anforderungen der marktgestützten Beschaffung von Systemdienstleistungen nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 12h Absatz 5 EnWG	87 000 – 130 000
40	Feststellung nach § 19a Absatz 2 Satz 3 EnWG	500 – 50 000
41	Prüfung des Umsetzungsberichts der Übertragungsnetzbetreiber nach § 12d EnWG	10 000
42	Prüfung des Umsetzungsberichts der Fernleitungsnetzbetreiber nach § 15b EnWG	10 000
43	Prüfung des Umsetzungsberichts der Übertragungsnetzbetreiber nach § 17c Absatz 3 EnWG	10 000 – 20 000
44	Entscheidungen nach § 28b Absatz 1 und 5 EnWG	80 000
45	Änderungsverlangen zum Netzentwicklungsplan Strom gemäß § 12c Absatz 1 Satz 2 EnWG	25 000
46	Entscheidungen nach § 7c EnWG	
46.1	Genehmigung der Bundesnetzagentur nach § 7c Absatz 2 Satz 1 EnWG	500 – 5 000
46.2	Überprüfung der Genehmigungsvoraussetzungen nach § 7c Absatz 2 Satz 3 EnWG	250 – 2 500
47	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 11a Absatz 3 EnWG zur Ausschreibung von Energiespeicheranlagen	1 000 – 15 000
48	Entscheidungen nach § 11b EnWG	
48.1	Genehmigung von Energiespeicheranlagen der Netzbetreiber gemäß § 11b Absatz 1 Nummer 1 i. V. m. Absatz 2 EnWG	2 000 – 15 000
48.2	Festlegung zu vollständig integrierten Netzkomponenten nach § 29 Absatz 1 i. V. m. § 11b Absatz 1 Nummer 2 EnWG	30 500
48.3	Genehmigung von vollständig integrierten Netzkomponenten nach § 11b Absatz 1 Nummer 2 EnWG	1 000 – 10 500
48.4	Festlegung zur näheren Ausgestaltung des Genehmigungs- und des Ausschreibungsverfahrens sowie zur Einzelfallgenehmigung von vollständig integrierten Netzkomponenten nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 11b Absatz 5 EnWG	10 000
49	Genehmigung der Ausweisung von Anlagen als systemrelevant nach § 13b Absatz 5 Satz 4 und 5 EnWG	15 000
50	Festlegung von näheren Bestimmungen zum Bericht der Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen über den Netzzustand und die Netzausbauplanung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 14 Absatz 2 Satz 4 EnWG	3 000 – 30 000
51	Entscheidungen im Zusammenhang mit der marktgestützten Beschaffung von Flexibilitätsdienstleistungen nach § 14c EnWG	
51.1	Genehmigung von Spezifikationen für die marktgestützte Beschaffung von Flexibilitätsdienstleistungen nach § 14c Absatz 2 Satz 2 EnWG	17 000
51.2	Festlegung von Spezifikationen für die marktgestützte Beschaffung von Flexibilitätsdienstleistungen nach § 14c Absatz 3 EnWG	30 000
51.3	Festlegung einer Ausnahme von der marktgestützten Beschaffung von Flexibilitätsdienstleistungen nach § 14c Absatz 4 EnWG	25 000
52	Festlegung nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 14d Absatz 5 EnWG zu Netzausbauplänen von Betreibern von Elektrizitätsverteilernetzen	12 500 – 50 000
53	Festlegung von näheren Bestimmungen zu der von den Betreibern von Verteilernetzen einzurichtenden Internetplattform nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 14e Absatz 7 EnWG	6 500 – 26 000

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
54	Entscheidungen über die Kosten eines Wasserstoffnetzzugangs nach § 28o EnWG	
54.1	Festlegung oder Genehmigung der Kosten eines Wasserstoffnetzzugangs nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 28o Absatz 1 Satz 5 EnWG i. V. m. § 14 Absatz 2 Satz 3 WasserstoffNEV	1 000 – 50 000
54.2	Festlegung oder Genehmigung der Kosten eines Wasserstoffnetzzugangs nach § 29 Absatz 1 EnWG i. V. m. § 28o Absatz 1 Satz 5 EnWG i. V. m. § 14 Absatz 3 Satz 3 WasserstoffNEV	1 000 – 50 000
55	Ad-hoc-Prüfung der Bedarfsgerechtigkeit einzelner Wasserstoffinfrastrukturmaßnahmen nach § 28p Absatz 1 und 5 Satz 1 EnWG	1 600 – 12 000“.

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

—————
Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 12. Dezember 2022

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Klimaschutz
Robert Habeck

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung**

Vom 13. Dezember 2022

Auf Grund des § 90 Nummer 1 bis 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), dessen Satzteil vor Nummer 1 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 19 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1237) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft:

Artikel 1

**Änderung der
Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung**

In § 3 Absatz 1 Satz 2 der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung vom 2. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5126), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 14. Juni 2022 (BGBl. I S. 927) geändert worden ist, wird die Angabe „31. Dezember 2022“ durch die Angabe „30. April 2023“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 13. Dezember 2022

Die Bundesministerin
für Umwelt, Naturschutz,
nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Steffi Lemke

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten von
Vorschriften der GAP-Direktzahlungen-Verordnung**

Vom 9. Dezember 2022

Nach § 28 Absatz 2 Satz 2 der GAP-Direktzahlungen-Verordnung vom 24. Januar 2022 (BGBl. I S. 139), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. November 2022 (BAnz AT 01.12.2022 V1) geändert worden ist, gibt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hiermit bekannt, dass die Vorschriften der GAP-Direktzahlungen-Verordnung, die nicht bereits auf Grund des § 28 Absatz 1 dieser Verordnung am 1. Februar 2022 in Kraft getreten sind, am 22. November 2022 in Kraft getreten sind.

Bonn, den 9. Dezember 2022

Bundesministerium
für Ernährung und Landwirtschaft
Im Auftrag
S. Nilsson

Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 2 Absatz 3 des Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird auf folgende im Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) verkündete Rechtsverordnung nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung	Fundstelle	Tag des Inkrafttretens
2. 12. 2022 Verordnung zur Anpassung des Betrags zur Finanzierung der Gesellschaft für Telematik für das Jahr 2023 (TeleFinV 2023) FNA: neu: 860-5-83	BAnz AT 09.12.2022 V1	10. 12. 2022

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Union,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
31. 10. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2125 der Kommission zur Genehmigung einer nicht geringfügigen Änderung der Spezifikation eines im Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben eingetragenen Namens („Carne Barrosã“ (g. U.))	L 285/1	7. 11. 2022
31. 10. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2126 der Kommission zur Eintragung eines Namens in das Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben („Castagna di Roccamonfina“ (g. g. A.))	L 285/3	7. 11. 2022
4. 11. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2127 der Kommission zur Erteilung einer Unionszulassung für die Biozidproduktfamilie „Ecolab UA BPF 1-Propanol“ gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾	L 285/4	7. 11. 2022
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
5. 8. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2175 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung der Kosten je Einheit und der Beträge der nicht mit Kosten verknüpften Finanzierungen für bestimmte Vorhaben zur besseren Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem und die Gesellschaft im Rahmen der Initiative ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve – Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen)	L 286/1	8. 11. 2022
8. 11. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2177 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 401/2013 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma	L 286/1	8. 11. 2022

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom
<p>13. 7. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2111 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Festlegung von Anforderungen für Schwarmfinanzierungsdienstleister in Bezug auf Interessenkonflikte ⁽¹⁾</p> <p>⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.</p>	L 287/1 8. 11. 2022
<p>13. 7. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2112 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates über technische Regulierungsstandards zur Festlegung von Anforderungen und Regelungen für den Antrag auf Zulassung als Schwarmfinanzierungsdienstleister ⁽¹⁾</p> <p>⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.</p>	L 287/5 8. 11. 2022
<p>13. 7. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2113 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden im Zusammenhang mit Ermittlungs-, Aufsichts- und Durchsetzungstätigkeiten in Bezug auf Europäische Schwarmfinanzierungsdienstleister für Unternehmen ⁽¹⁾</p> <p>⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.</p>	L 287/22 8. 11. 2022
<p>13. 7. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2114 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Kenntnisprüfung bei Schwarmfinanzierungsprojekten und der Simulation der Fähigkeit von potenziellen nicht kundigen Anlegern, bei Schwarmfinanzierungsprojekten Verluste zu tragen ⁽¹⁾</p> <p>⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.</p>	L 287/26 8. 11. 2022
<p>13. 7. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2115 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Methode für die Berechnung der Ausfallquote von auf einer Schwarmfinanzierungsplattform angebotenen Krediten ⁽¹⁾</p> <p>⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.</p>	L 287/33 8. 11. 2022
<p>13. 7. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2116 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur näheren Bestimmung der Maßnahmen und Verfahren für den Plan von Schwarmfinanzierungsdienstleistern zur Geschäftsfortführung im Krisenfall ⁽¹⁾</p> <p>⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.</p>	L 287/38 8. 11. 2022
<p>13. 7. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2117 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Vorschriften, Standardformate und Verfahren für die Bearbeitung von Beschwerden ⁽¹⁾</p> <p>⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.</p>	L 287/42 8. 11. 2022
<p>13. 7. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2118 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf technische Regulierungsstandards für die individuelle Verwaltung des Kreditportfolios durch Schwarmfinanzierungsdienstleister, in denen die Elemente der Methode zur Kreditrisikobewertung, die den Anlegern zu jedem einzelnen Portfolio offenzulegenden Informationen und die für Notfallfonds erforderlichen Regelungen und Verfahren festgelegt sind ⁽¹⁾</p> <p>⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.</p>	L 287/50 8. 11. 2022
<p>13. 7. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2119 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für das Anlagebasisinformationsblatt ⁽¹⁾</p> <p>⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.</p>	L 287/63 8. 11. 2022

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
13. 7. 2022	Durchführungsverordnung (EU) 2022/2120 der Kommission zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Datenstandards und -formate, Vorlagen und Verfahren für die Berichterstattung über Projekte, die mithilfe von Schwarmfinanzierungsplattformen finanziert werden ⁽¹⁾	L 287/76	8. 11. 2022
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
13. 7. 2022	Durchführungsverordnung (EU) 2022/2121 der Kommission zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Standardformulare, Vorlagen und Verfahren für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und der ESMA in Bezug auf europäische Schwarmfinanzierungsdienstleister für Unternehmen ⁽¹⁾	L 287/86	8. 11. 2022
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
13. 7. 2022	Durchführungsverordnung (EU) 2022/2122 der Kommission zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Standardformulare, Vorlagen und Verfahren für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden in Bezug auf europäische Schwarmfinanzierungsdienstleister für Unternehmen ⁽¹⁾	L 287/101	8. 11. 2022
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
13. 7. 2022	Durchführungsverordnung (EU) 2022/2123 der Kommission zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Standardformulare, Vorlagen und Verfahren, die die zuständigen Behörden bei der Mitteilung der nationalen, für Schwarmfinanzierungsdienstleister geltenden Marketinganforderungen an die ESMA verwenden ⁽¹⁾	L 287/120	8. 11. 2022
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
8. 11. 2022	Durchführungsverordnung (EU) 2022/2179 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/1770 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Mali	L 288/1	9. 11. 2022
8. 11. 2022	Durchführungsverordnung (EU) 2022/2180 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/1509 des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea	L 288/5	9. 11. 2022
29. 6. 2022	Delegierte Verordnung (EU) 2022/2181 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds hinsichtlich Beginn und Dauer der Zeiträume, in denen Anträge auf Unterstützung unzulässig sind	L 288/7	9. 11. 2022
30. 8. 2022	Delegierte Verordnung (EU) 2022/2182 der Kommission zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2017/1798 hinsichtlich der Anforderungen an Lipid und Magnesium in Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung ⁽¹⁾	L 288/18	9. 11. 2022
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
8. 11. 2022	Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission zur Änderung der Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für Kanada, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten in den Listen der Drittländer, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel, Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist ⁽¹⁾	L 288/21	9. 11. 2022
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
9. 11. 2022	Durchführungsverordnung (EU) 2022/2189 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1784 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von flachgewalzten Aluminiumerzeugnissen mit Ursprung in der Volksrepublik China	L 289/1	10. 11. 2022

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
– Berichtigung der Delegierten Verordnung (EU) 2020/688 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheitsanforderungen an Verbringungen von Landtieren und Bruteiern innerhalb der Union (ABI. L 174 vom 3.6.2020)	L 289/34	10. 11. 2022
9. 11. 2022 Verordnung (EU) 2022/2192 des Europäischen Parlaments und des Rates mit besonderen Bestimmungen zum Umgang mit Beeinträchtigungen der Programmdurchführung bei im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments und des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ geförderten Kooperationsprogrammen des Zeitraums 2014-2020	L 292/1	11. 11. 2022
10. 11. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2194 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/2063 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Venezuela	L 292/24	11. 11. 2022
10. 11. 2022 Verordnung (EU) 2022/2195 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Verwendung von Butylhydroxytoluol, Acid Yellow 3, Homosalat und HAA299 in kosmetischen Mitteln und zur Berichtigung der genannten Verordnung hinsichtlich der Verwendung von Resorcin in kosmetischen Mitteln ⁽¹⁾	L 292/32	11. 11. 2022
(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
29. 8. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2202 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Erstellung einer Liste ausgewählter grenzüberschreitender Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien ⁽¹⁾	L 293/1	14. 11. 2022
(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
11. 11. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2203 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 965/2012 im Hinblick auf die Anwendbarkeit der Anforderungen an die Ortung eines Luftfahrzeugs in Not	L 293/3	14. 11. 2022
11. 11. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2204 der Kommission zur Änderung des Anhangs I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest ⁽¹⁾	L 293/5	14. 11. 2022
(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
14. 11. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2228 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) 2018/1542 über restriktive Maßnahmen gegen die Verbreitung und den Einsatz chemischer Waffen	L 293/1	14. 11. 2022
14. 11. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2229 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen	L 293/9	14. 11. 2022
14. 11. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2230 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 359/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Iran	L 293/13	14. 11. 2022
14. 11. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2231 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 359/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Iran	L 293/16	14. 11. 2022
14. 11. 2022 Verordnung (EU) 2022/2237 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1183/2005 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der Demokratischen Republik Kongo	L 294/1	15. 11. 2022

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln
G 5702 · PVSt +4 · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
22. 8. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2238 der Kommission zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2021/2306 hinsichtlich der Übergangsbestimmungen für Kontrollbescheinigungen und Teilkontrollbescheinigungen und hinsichtlich der Übergangsbestimmungen für in der Ukraine ausgestellte Kontrollbescheinigungen ⁽¹⁾ <u>(1)</u> Text von Bedeutung für den EWR.	L 294/3	15. 11. 2022
6. 9. 2022 Delegierte Verordnung (EU) 2022/2239 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Etikettierungsanforderungen an nicht zugelassene Prüf- und Hilfspräparate zur Anwendung beim Menschen ⁽¹⁾ <u>(1)</u> Text von Bedeutung für den EWR.	L 294/5	15. 11. 2022
20. 10. 2022 Durchführungsverordnung (EU) 2022/2240 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1378, der Durchführungsverordnung (EU) 2021/2119 und der Durchführungsverordnung (EU) 2021/2307 hinsichtlich der Verwendung des qualifizierten elektronischen Siegels für die Ausstellung von Bescheinigungen und Zertifikaten ⁽¹⁾ <u>(1)</u> Text von Bedeutung für den EWR.	L 294/8	15. 11. 2022
15. 11. 2022 Verordnung (EU) 2022/2246 der Kommission zur Änderung der Anhänge VIII und IX der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Chronic Wasting Disease bei lebenden Hirschartigen ⁽¹⁾ <u>(1)</u> Text von Bedeutung für den EWR.	L 295/1	16. 11. 2022